

**034.2 REFERATE**

**REFERATE DIREKTOR 2006**

**REFERATE GJD IN BUDAPEST**

**FASSUNG VOM 9. JUNI 2006 (ZUR PUBLIKATION)**

**KANN DAS INTERNATIONALE WIRTSCHAFTSSYSTEM DIE  
HERAUSFORDERUNGEN DER ZUKUNFT MEISTERN?**

Vortrag von

**Jean-Daniel Gerber**

**Staatssekretär**

**Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO)**

**Bern, Schweiz**

an der

**Andrassy Universität, Budapest**

**Budapest, 25. Mai 2006**



## I. Einleitung

### Sehr geehrte Damen und Herren

Ich danke Ihnen für Ihre Einladung und freue mich, dass ich heute an Ihrer Universität referieren darf.

«Kann das internationale Wirtschaftssystem die Herausforderungen der Zukunft meistern?» - Wenn wir diese Frage beantworten wollen, müssen wir eine Prognose eben dieser Herausforderungen machen. Doch das ist nicht einfach. Bereits Galbraith sagte: Es gibt zwei Arten von Zukunftsforschern: Jene, die von der Zukunft nichts wissen, und jene, die nicht wissen, dass sie von der Zukunft nichts wissen...

Nichtsdestotrotz möchte ich drei Herausforderungen von morgen nennen, die sich bereits heute abzeichnen:

1. **Die Herausforderung des Finanzsystems:** Die **Schocks**, welche das internationale Finanzsystem treffen, können sich massiv **auf die Konjunktur auswirken**: Nur eine stete **Verbesserung der Stabilität des Finanzsystems** (und der Transparenz!) wird das **Ausmass dieser Schocks und deren Auswirkungen auf die Wirtschaft begrenzen** können.
2. **Die Herausforderung des Welthandels:** Ein **Wiederauferstehen des Protektionismus** und ein weiter **zunehmender Bilateralismus** könnten das **Welthandelssystem schwächen** oder sogar **dessen Zusammenbruch** bewirken.
3. **Die Herausforderung des Wohlstandsgefälles:** Die **Ausrottung der Armut ist unabdingbar** wenn wir **schwerwiegende ökonomische und soziale Ungleichgewichte** mit daraus folgenden **Konflikten** und **Gefahren für die internationale Stabilität** verhindern wollen.

Ich möchte diese Themen eines nach dem anderen behandeln.

## II. Weltwirtschaftliche Lage

Ich stelle mit Genugtuung fest, dass sich Europa und die Welt heute in einer **guten konjunkturellen Verfassung** befinden. Die Schweizer Wirtschaft wächst seit 2004 mit rund 2% pro Jahr – Wachstumswerte, die wir während einiger Jahre zuvor nicht mehr erreicht hatten. **Ungarns Wirtschaft** soll dieses Jahr sogar um **4,4% wachsen** – gemäss den Prognosen des Internationalen Währungsfonds vom April dieses Jahres.

Die **Konjunkturindikatoren** lassen eine **Fortsetzung des Aufschwungs** in den USA, in Japan und im übrigen asiatischen Raum sowie eine **sich festigende Erholung im Euroraum** erwarten. Gleichwohl dürfte die internationale Konjunktur, parallel zu einer **weniger expansiven Geldpolitik**, bis Ende 2007

etwas an **Schwung verlieren**. In unserem Nachbarland und wichtigsten Wirtschaftspartner **Deutschland** könnten **restriktive fiskalpolitische Massnahmen** die Konjunktur zusätzlich dämpfen.

Die **Ölpreise** dürften wohl für längere Zeit auf ihrem **derzeitigen hohen Niveau** bleiben, wobei es Risiken in beide Richtungen gibt. Angesichts **aufgestockerter Lagerbestände** und einer **nachlassenden Marktanspannung** einerseits und **politischer Unsicherheiten** wie dem Konflikt um das iranische Atomprogramm andererseits sind **sowohl Preissenkungen als auch weitere Preissteigerungen denkbar**.

In der **Schweiz** verlief die konjunkturelle Expansion über das gesamte vergangene Jahr hinweg **breit abgestützt** auf Ausland- und Inlandnachfrage. Es verstärken sich die **Anzeichen für eine positive Trendwende auf dem Arbeitsmarkt** sowie für eine **Belebung der Unternehmensinvestitionen**. Die **Stimmung** scheint sich, sowohl bei den Unternehmen als auch bei den Konsumenten, weiter verbessert zu haben.

Die **Aussichten für die weiteren Entwicklungen** sind somit **grundsätzlich positiv**. Allerdings bestehen auch einige Risiken.

*Erstens* war unter den entwickelten Volkswirtschaften das Wirtschaftswachstum in denjenigen Ländern am Dynamischsten, welche bereits ein bedeutendes **Leistungsbilanzdefizit** ausweisen - namentlich im Falle der USA, die ausserdem ein **grosses Haushaltsdefizit** als Folge einer **expansiven Fiskalpolitik** akkumuliert haben). Das bedeutet, dass das aktuelle Wirtschaftswachstum die bestehenden Ungleichgewichte tendenziell eher verschärft anstatt sie zu dämpfen. Ich komme darauf zurück.

*Zweitens* könnten Belastungen des Aufschwunges aus einer zu abrupten **Anpassung der weltweiten Zinssätze** nach oben resultieren. (Es scheint jedoch, dass die Finanzmärkte diesen Anstieg antizipiert haben und die Risiken begrenzt werden konnten, zumindest für den Moment. Die schweizerischen, amerikanischen und europäischen Geldbehörden sind seit 2004 vorausgeeilt.

*Drittens* möchte ich die zukünftige **Entwicklung des Ölpreises** erwähnen, welche nach der massiven Verteuerung seit 2004 ungewiss ist. Sie wird massgeblich von den weiteren Entwicklungen im Nahen Osten abhängen.

Ich werde nun versuchen, die zu Beginn meines Vortrags gestellte Frage zu beantworten: **Ist das internationale Finanzsystem stabil genug**, und ist es in der Lage, **gewissen Schocks standzuhalten?** Könnte es verhindern, dass sich solche Schocks ganz erheblich auf die sogenannte „reale“ Wirtschaft auswirken?

**Die Antwort ist nicht offensichtlich.**

1. Seit dem Zweiten Weltkrieg war kein Jahrzehnt durch so viele **Finanzkrisen** geprägt wie die **1990er Jahre**. Ich erinnere daran, dass die „asiatischen Tiger“, gleich wie mehrere, lange Zeit als Entwicklungsmodelle präsentierte südamerikanische Länder seit den 90er Jahren durch Finanzkrisen erschüttert wurden, die sich auf deren **gesamte Gesellschaften ausgewirkt** haben: Bankenkonkurse, Währungsabwertungen, soziale und politische Unruhen.

2. Die eigentliche Finanzkrise wurde von einer Welle von **Buchführungs- und Korruptionsskandalen** begleitet sowie vom Zurückgreifen auf zweifelhafte Normen und Werte gewisser Industrie- und Regierungskreise. Und dieses Krebsgeschwür hat weder Europa noch die USA verschont. Vielerorts haben Missbrauchsenthüllungen **Defizite in Sachen Buchführungstransparenz sowie interner und externer Kontrollmechanismen** zum Vorschein gebracht.

Während sich die internationale Finanzrealität durch eine fortschreitende **Intensivierung der grenzüberschreitenden Finanzflüsse** charakterisiert, dürfen die **potentiellen Auswirkungen neuer Finanzkrisen** in unseren Prognosen der zukünftigen Entwicklung nicht unterschätzt werden.

3. Zu den Risiken gesellen sich insbesondere die vielerorts **hohen Immobilienpreise**. Insbesondere in den USA wird befürchtet, dass Preisrückgänge an den Immobilienmärkten den stark verschuldeten Haushaltssektor in Bedrängnis bringen und durch sinkende Kredite zu einem starken Rückgang des Konsums führen könnten. Ähnliche Konsequenzen könnten von weiter steigenden Zinsen ausgehen, welche verstärkt zur Bekämpfung einer **anziehenden Inflation** eingesetzt werden könnten. Von einer gewissen Nervosität an den Finanzmärkten zeugt die jüngst eingelehrte **Volatilität bei den Börsenkursen** – wenngleich sich diese, getragen von guten Unternehmensgewinnen, weiter auf **hohem Niveau** bewegen.

Dennoch bleibe ich optimistisch gestimmt: **Wir sind auf dem richtigen Weg**. Viele der **Defizite des Finanzsystems wurden identifiziert** und viele **Korrekturen** wurden oder werden zur Zeit noch vorgenommen. **Aktionäre und Behörden** sind wachsamer geworden. Besonders seit der zweiten Hälfte der 90er Jahre haben der **IWF, die Weltbank und die Zentralbanken** den Bemühungen um eine **Verbesserung der Stabilität des internationalen Finanzsystems** und vor allem der **Transparenz** einen entscheidenden Impuls gegeben.

Mein Optimismus gründet auch auf den begonnenen **Arbeiten zur Erhöhung der Stabilität des internationalen Finanz- und Währungssystems**. Neue internationale Normen, die auf eine klare Definition der Solvenz der Banken zielen, bekannt unter der Bezeichnung «**Basel II**», werden derzeit umgesetzt. Mit der Verbesserung der **minimalen Anforderungen bezüglich der Eigenmittel**, der **Verbesserung der Risikoüberprüfung** und mit der **Verstärkung der Marktdisziplin** mittels erhöhter Transparenzanforderungen sollte ein zusätzlicher Beitrag an die Stabilität des internationalen Finanzsystems geleistet werden können.

Eine Betrachtung des internationalen Finanz- und Währungssystems wäre unvollständig ohne den Einbezug eines relativ **neuen Konzepts**, auf welches die internationalen Institutionen während der 90er Jahre bestanden haben. Es handelt sich um die «gute Regierungsführung» - besser bekannt unter dem englischsprachigen Begriff «**good governance**» - eines Unternehmens. 1999 hat die OECD die «Unternehmensführung» folgendermassen definiert: «Die Unternehmensführung (...) sorgt für eine Struktur mittels derer die Unternehmensziele sowie die Mittel zu deren Erreichung und die Überwachung der Leistungserbringung festgelegt werden» (Ausrichtungs-, Kontroll- und Evaluationsmechanismen der Unternehmung und der Ziele).

Die **Stärkung der Instrumente zum Kampf gegen Missbrauch im Management internationaler Unternehmen** von grosser Bedeutung sowie von Nicht-Finanzunternehmen und die Stärkung der Instrumente zur Förderung interner und externer Kontrollen sind ebenfalls als wichtige (indirekte) Beiträge für die Stabilität des internationalen Finanz- und Währungssystems zu betrachten.

Zusätzlich zur Stabilität des internationalen Finanz- und Währungssystems werden sich mittelfristig weitere **Fragen hinsichtlich der grossen makroökonomischen Ungleichgewichte** stellen. Diese betreffen besonders die **hohe Verschuldung der USA und die Zukunft des Dollars**, welche unter anderem von der zukünftigen Entwicklung des chronischen **amerikanischen Leistungsbilanzdefizits** abhängt. Dieses hat 2005 über 800 Milliarden Dollar, das entspricht 6.4% des Bruttoinlandsprodukts der USA, erreicht. Dies ist ein in der amerikanischen Geschichte nie erreichtes Niveau, eine **grundlegende Trendwende ist nicht in Sicht**. So sind die USA paradoxerweise zum Einen die bedeutendste **Quelle weltweiter makroökonomischer Ungleichgewichte, gleichzeitig sind sie aber zentraler Motor der Weltwirtschaft**.

### III. Das multilaterale Handelssystem in Gefahr?

Die Welt hat sich im letzten Jahrzehnt beträchtlich verändert. Ende der 1970er Jahre spielten bloss 20 Länder eine wirklich aktive Rolle in der Definition des internationalen Handelssystems. Während der **GATT-Uruguay-Runde** (1986-1994) beteiligten sich **50 Länder aktiv an den Verhandlungen**. Heute, in der Doha-Runde der WTO, suchen 80 Länder eine wichtige Rolle zu spielen und **147 sind offiziell beteiligt**. China wird bald eine der drei bedeutendsten Wirtschaftsmächte auf internationalem Parkett sein.

Die **Schweiz**, welche 1980 die zwölftwichtigste Handelsnation war, ist auf den 18. Platz hinter Länder Südostasiens und Lateinamerikas zurückgefallen. Während die Entwicklungsländer gegen Ende der Uruguay-Runde 24% ihres weltweiten Handels untereinander ausgetauscht haben, ist dieser **Anteil heute auf gegen 50% gestiegen und wird sich voraussichtlich weiter erhöhen**.

Es ist offensichtlich, dass solch einschneidende Veränderungen **tiefgreifende Auswirkungen auf die zwischenstaatlichen Handelsbeziehungen** gehabt haben und weiterhin haben werden. Wer hätte vor wenigen Jahren gedacht, dass **Indien** zu einem Netto-Exporteur von Landwirtschaftsgütern würde und dass das gleiche Land – und nicht die USA – nun am meisten **Antidumpingzölle** gegen billige Importe erheben würde?

Der Norden hat gegenüber ärmeren Ländern sowie der Sowjetunion und deren Verbündeten stets den **Nutzen der Marktwirtschaft** gepredigt. Nun sind wir Zeugen der Wirksamkeit unserer Rezepte. Worüber beklagt sich der Norden also? Die **entwickelte Welt sieht sich mit grossen Herausforderungen konfrontiert**. Die Marktneulinge sind starke Konkurrenten unserer Industrie und der sich intensivierende Wettbewerb verlangt eine beträchtliche **Anpassung unserer wirtschaftlichen Strukturen**.

Reformen zum **Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit** sind im **Bildungsbereich**, in der **Landwirtschaft**, in unseren **Sozial- und Gesundheitssystemen** sowie im **steuerlichen Bereich** erforderlich. Wir müssen eine Wirtschaftspolitik betreiben, welche die **Attraktivität unseres Landes für wertschöpfungsstarke Aktivitäten und Arbeitsplätze** bewahrt bzw. erhöht. Schrittweise passen wir unsere Politik an. Aber zumeist erfolgen **Fortschritte nur sehr langsam**.

Auf internationaler Ebene sind die bereits erwähnten Ungleichgewichte wie das **riesige Handelsbilanzdefizit der USA** oder die **Haushaltsdefizite Deutschlands, Frankreichs und Italiens**, aber auch kleinerer Länder wie Ungarn oder Portugal besorgniserregend. Unter solchen Umständen ist es nicht überraschend, dass die Stärkung oder selbst die **Aufrechterhaltung eines starken multilateralen Handelsregimes nicht die prioritäre Sorge in Washington oder Brüssel** ist.

Im Gegenteil – die USA und die EU bewegen sich rasch auf ein **Welt-handelsregime** zu, welches in zahlreiche Zollpräferenz- und Freihandelsabkommen **segmentiert** ist. Heute haben die EU und die USA ungefähr 40 solcher Abkommen abgeschlossen oder sind dabei, solche abzuschliessen. Dank ihrer wirtschaftlichen Macht sehen die USA und die EU in solchen Abkommen eine **ausgezeichnete Gelegenheit ihre eigenen Interessen durchzusetzen** und einen mühseligen multilateralen Prozess, in welchem die Kräfteverhältnisse ausgeglichener ausgestaltet sind, zu vermeiden. Andere Volkswirtschaften versuchen in dieser Situation, durch den Abschluss spiegelbildlicher Abkommen **Diskriminierungen ihrer Wirtschaft** zu vermeiden; Beispiele sind Länder wie **Mexiko** oder die **Schweiz**.

Es erstaunt nicht, dass die aktuelle **WTO-Verhandlungsrunde**, die Doha-Runde, auf erhebliche Schwierigkeiten stösst. Rufen wir uns deren **Ziele** in Erinnerung. Um was geht es? *Erstens* **besserer Marktzugang** für alle Produkte, **insbesondere für Landwirtschaftsgüter**; *zweitens*, die Liberalisierung des Dienstleistungshandels; *drittens*, die **vermehrte Teilnahme der Entwicklungs-**

**länder** am Welthandelssystem durch Sonder- und Vorzugsbehandlung; *viertens*, verbesserte **Kohärenz der Handelsregeln** mit Umwelt- und sozialen Prinzipien.

*Fünftens* besteht ausserdem ein Bedarf an der **Verbesserung bestehender und an der Entwicklung neuer Regeln**, wenn das Regelwerk mit der **fortschreitenden Liberalisierung und Globalisierung** Schritt halten soll. Das bezieht sich primär auf **Antidumping-Regeln** und den **Schutz geistigen Eigentums**. Letzteres schliesst Aspekte wie den Schutz geographischer Herkunftsbezeichnungen mit ein. Zu guter Letzt stellt die **Handelserleichterung** einen ebenfalls wichtigen Teil der Doha-Runde dar.

**Wie also stehen die Dinge heute?** Die WTO-Ministerkonferenz in **Cancun** im September 2003, an welcher die Richtung der Doha-Runde hätte festgelegt werden sollen, ist kläglich **gescheitert**. Die WTO-Mitglieder waren jedoch ein Jahr später, im **Juli 2004**, in der Lage, die nötige Entscheidung zu treffen und sich auf die **Rahmenbedingungen zu einigen**. Das **Ministertreffen in Hong Kong** im Dezember 2005 hätte die Runde mit einem die Modalitäten beinhaltenden Abkommen abschliessen sollen, doch war dies nicht möglich; ein Scheitern von Hong Kong konnte zum Glück dadurch vermieden werden, dass die **Erwartungen auf ein realistisches Mass gesenkt** wurden.

**Ohne einen Impuls** der USA, der EU und der grössten Entwicklungsländer (Brasilien, China, Indien) in den nächsten Wochen und ohne eine Verständigung auf die Modalitäten bis Juli wird diese Runde wohl für einige Jahre in einen **Dornröschenschlaf** verfallen bis die nächste US-Regierung ans Ruder kommt. Die **Liberalisierung des Handels scheint nicht mehr die oberste Priorität der US-Regierung zu geniessen**, da dadurch Reformen im Inland, besonders in weniger konkurrenzfähigen Industriezweigen und in der Landwirtschaft, notwendig würden. Der **Wechsel Rob Portmans** vom USTR in das Budget Office des Präsidenten ist ein Zeichen für die Änderung der Prioritäten des US-Präsidenten zugunsten innenpolitischer Themen. Auf der anderen Seite kann die EU keine weiteren Schritte im Landwirtschaftsdossier unternehmen ohne eine substantielle Erhöhung des echten Marktzugangs für Industriegüter und Dienstleistungen zu den schnell wachsenden Entwicklungsländern mit mittlerem bis hohem Einkommen zu erhalten. Dasselbe gilt für die Schweiz. Zurzeit sind diese **Entwicklungsländer allerdings nicht bereit, eine echte Verbesserung im Marktzugang** zu akzeptieren.

Um es allgemeiner zu formulieren: Da weitreichende **Konzessionen im Bereich der Landwirtschaft politisch höchst sensibel** sind, sollten die Erfolgchancen nicht überschätzt werden. Wenn Agrargüter exportierende Länder wenigstens ihre Anliegen, oft als Maximalforderungen bezeichnet, mit der Bereitschaft zu Konzessionen in anderen Gebieten verbinden könnten, dann würden sich die Erfolgchancen stark erhöhen. Denn es gilt ganz klar das **Prinzip des Gebens und Nehmens**: Konzessionen im Agrarbereich sind kaum möglich, wenn diese nicht durch Vorteile in anderen Sektoren aufgewogen werden.



Die zu Beginn gestellte Frage war: **ist das multilaterale Handelssystem in Gefahr?** Es ist zu früh für eine eindeutige Antwort auf diese Frage. Zunehmender Bilateralismus, die ungewissen Aussichten für einen erfolgreichen Abschluss der Doha-Runde, zahlreiche ungelöste Probleme in den Bereichen Investitionen, Dienstleistungen, öffentliches Beschaffungswesen, Wettbewerb und Landwirtschaft geben mir jedoch **Anlass zu ernster Besorgnis**.

#### **IV. Ist das Regelwerk für die Finanz- und Wirtschaftsbeziehungen geeignet, alle Länder der Erde von Armut zu befreien?**

Selbst das beste Finanz- und Wirtschaftssystem ist nicht gut genug, wenn nur ein Teil dieser Welt davon profitiert. Wie stellt sich die Situation heutzutage dar?

Einem **beträchtlichen Teil der ärmeren Länder** ist es gelungen, ihren Volkswirtschaften die Teilnahme am Welthandel zu ermöglichen und sie in die Weltwirtschaft zu integrieren. **Je stärker sich ein Entwicklungsland in die Weltwirtschaft integriert hat, desto besser ist es ihm in der Regel gelungen, seine Probleme zu lindern.** Das gilt keineswegs nur für **Südkorea, Thailand, Malaysia und Singapur**, sondern in der gleichen Region auch für China und Indien. Seit sie sich den Weltmärkten geöffnet haben verzeichnen beide **beeindruckende Wachstumsraten**. In Afrika können Botswana, Uganda, Mali und Tansania als Beispiele genannt werden, in Nordafrika Marokko und Tunesien, in Lateinamerika Honduras und Chile.

Der **Fortschritt von mittel- und osteuropäischen Staaten** wie Ungarn, die als zentral verwaltete Volkswirtschaften funktionierten, ist **erstaunlich**. Der ein oder andere mag das Tempo des wirtschaftlichen Fortschritts vielleicht als zu langsam betrachten. Und dennoch - in der Retrospektive werden unsere Kinder und Enkel die Zeit von 1989 bis heute als eine **unglaubliche Revolution** wahrnehmen, welche die **Integration in die Weltmärkte** vorantrieb. Nur so ist zu erklären, dass innerhalb von nur 15 Jahren zehn dieser Länder es geschafft haben, die **Beitrittskriterien zur EU** zu erfüllen. Es ist offensichtlich, dass diese positive Entwicklung nur **dank des relativ offenen Weltwirtschaftssystems möglich** war.

Ein weiterer entscheidender Faktor war die **finanzielle Unterstützung des Westens**. Insgesamt beliefen sich die von den Mitgliedsländern des OECD-Ausschusses für Wirtschaftliche Entwicklung – den sogenannten DAC-Ländern – geleisteten Unterstützungszahlungen zwischen 1979 und 2002 auf über 800 Milliarden USD. Die **Schweiz** hat seit 1989 allein in Mittelosteuropa 700 Mio. CHF ausgegeben und sie will in den nächsten fünf Jahren eine weitere Milliarde in den neuen EU-Mitgliedsstaaten einsetzen. Diese Gelder sind nicht spurlos verschwunden, wie einige Kritiker hartnäckig behaupten, sondern haben einen massgeblichen Beitrag an die wirtschaftliche Entwicklung der Empfängerstaaten geleistet.

Und die **Kehrseite der Medaille**? Selbst das beste Weltwirtschaftssystem, die beste Entwicklungshilfe nützen nur wenig wenn die politische und wirtschaftliche Öffnung eines Landes ausbleibt. **Von autoritären Regimen** geführte Länder wie Nordkorea oder Weissrussland sind beste Beispiele. Eine Verbesserung kann hier nur bei einer **radikalen politischen und wirtschaftlichen Neuorientierung** stattfinden.

Die **Tragik der Situation etlicher Länder in Asien und Lateinamerika**, jedoch insbesondere **in Afrika südlich der Sahara**, besteht in der **erbärmlichen Armut**. Trotz beträchtlicher Anstrengungen konnte in einigen Ländern der Pfad zu grösserem Wohlstand nicht erfolgreich beschritten werden: Über eine Milliarde Menschen müssen mit weniger als einem Dollar pro Tag leben, die meisten davon südlich der Sahara. **Trotz aller Fortschritte konnte das Problem der Unterernährung** bis heute in vielen Ländern nicht gelöst werden. 25'000 Menschen sterben jeden Tag des Hungers. Um das Ziel der Halbierung der Armut bis 2015 zu erreichen, müsste die Anzahl der hungerleidenden Menschen jedes Jahr um 22 Millionen reduziert werden. Zurzeit beträgt diese Zahl nur 6 Millionen pro Jahr.

Eine allgemeine Ursache ist das **nicht nachhaltige Bevölkerungswachstum** in den ärmsten Entwicklungsländern. Auch im **Gesundheitsbereich** stehen die Dinge nicht gerade so, wie sie sollten. Während die Pocken und andere Plagen aus der Welt der Viren und Bakterien ausgerottet werden konnten, gefährdet in erster Linie AIDS die Entwicklungschancen in zahlreichen Ländern. Aber auch Malaria, Ebola, Lepra, Cholera, die Schlafkrankheit, Dengue-Fieber, Chagas und viele andere **heimtückische Krankheiten** sind vorwiegend in den Entwicklungs- und Transitionsländern endemisch und sehr schwierig einzudämmen – besonders dann, wenn die **hygienischen Bedingungen prekär sind und es an Basisinfrastrukturen** fehlt. Zu alledem kommen enorme Probleme, die von Alkoholismus, Drogensucht und Unterernährung herrühren.

Was kann getan werden? Regierungen und Unternehmen müssen zusammenspannen, um diese Probleme zu lösen. **Entwicklung bedeutet Wachstum**; wirtschaftliches Wachstum. Nicht ein einziges Land – ob in der Vergangenheit, in der Gegenwart oder in der Zukunft – war oder ist in der Lage, wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit ohne Wachstum zu erreichen. **Wachstum** ist eine notwendige, wenn auch nicht immer ausreichende **Voraussetzung für grössere Gerechtigkeit**. Wo sich Wirtschaftswachstum erfolgreich unter geregelten Rahmenbedingungen entwickelt, gewinnen **Frieden und politische Stabilität** an Boden. Arbeitsplätze werden geschaffen und Einkommen für die Bevölkerung generiert.

Ohne Wachstum ist der **unerbittliche Kampf um Ressourcen**, der Kampf zwischen Jung und Alt, zwischen den Geschlechtern, zwischen den Wohlhabenden, der Mittelklasse und den Armen vorprogrammiert. Nicht zuletzt deshalb kam es zum Aufstand der Massen in diesen Ländern. **Nur mit der Hilfe von Wachstum können neue Technologien und umweltfreundliche Produktionsmethoden einen Mehrwert schaffen**. Wie im Westen sind es **Marktwirtschaft und**

**unternehmerischer Pioniergeist**, welche Wachstum und Entwicklung einer selbstbewussten Zivilgesellschaft in den Entwicklungs- und Transitionsländern sicherstellen.

Doch Wachstum allein genügt nicht. **Gleichzeitig sind institutionelle strukturelle Anpassungen nötig**, die es einer Gesellschaft erlauben, zu gedeihen und sich zu entwickeln. Zu nennen sind u.a. **funktionierende rechtsstaatliche Institutionen; der Kampf gegen Korruption; stabile Institutionen in Politik und Verwaltung mit „Checks and Balances“; eine unabhängige Zentralbank; politische Transparenz und funktionierende demokratische Institutionen.**

Dies sind im Wesentlichen Aufgaben des Staates. Er ist verantwortlich für die Festsetzung der Bedingungen unter welchen sich die **Marktwirtschaft entfaltet**, wie der entstehende **Mehrwert verteilt** werden sollte und welche **sozialen Standards** einzuhalten sind. Der **Staat** muss in der Lage sein, den Zugang zu den **Grundbedürfnissen** sicherzustellen. Namentlich **muss** er ein **angemessenes Bildungsniveau** – als Voraussetzung für gute Ausgangschancen für alle – **sowie eine Grundversorgung im Gesundheitswesen gewährleisten.**

Viele Länder im Süden und Osten verfügen nicht über die nötigen finanziellen Ressourcen aufgrund der limitierten Staatsbudgets und dem fehlenden Expertenwissen. In solchen Fällen ist eine multilateral koordinierte Vorgehensweise die beste Lösung für eine Entlastung. Nationale **Armutsreduktionsstrategien** werden zusammen mit der Weltbank, dem IWF und den regionalen Entwicklungsbanken erarbeitet. Diese Armutsreduktionsstrategien sind Aktionspläne und zeigen Wege auf, in welchen Budgethilfe geleistet und wie die Unterstützung bilateraler Geberländer kombiniert und nutzbar gemacht werden kann.

Gleichzeitig wäre es scheinheilig von den **Entwicklungsländern** zu fordern, die **globalen Märkte** und deren Chancen zu **nutzen**, wenn wir parallel dazu den Marktzutritt mittels der **Beibehaltung von Handelsbarrieren und Subventionen** erschweren. Insgesamt belief sich die Entwicklungshilfe letztes Jahr auf 68.5 Milliarden USD, entsprechend 0.25% des BIP der DAC-Länder. Verglichen mit den jährlichen Agrarsubventionen von 300 Mrd. USD und den Militärausgaben in Höhe von 1'000 Mrd. USD ist dies eine extrem bescheidene Summe.

Die Weltbank schätzt, dass eine vollständige, **weltweite Liberalisierung des Warenhandels** zu einer jährlichen **Zunahme des weltweiten BSP** in Höhe von 830 Mrd. USD bis im Jahr 2015 führen würde. Über die Hälfte dieses Betrags würde in die Entwicklungsländer fließen und könnte 320 Millionen Menschen bis im Jahr 2015 von der Armut erlösen. Wie gesehen gibt es sowohl in den entwickelten wie auch in den fortgeschritteneren Entwicklungsländern viel zu tun. Die zwei **Schlüsselemente** sind:

1. **Besserer Zugang zu unseren Märkten:** Dadurch können die Exporte und damit das Wachstum der Entwicklungsländer gefördert und deren Abhängigkeit von Entwicklungshilfe verringert werden.
2. **Entsprechende Entschuldungsmassnahmen,** so dass diese Länder in der Lage sind, ihre beschränkten Budgets auf wirtschaftliche Entwicklung und die Erreichung sozialer Ziele statt primär auf den Schuldendienst auszurichten.

Es ist somit **nicht schwierig**, die zu Beginn gestellte Frage zu beantworten, **ob das Weltwirtschaftssystem geeignet ist, alle Länder von der Armut zu befreien.** Für viele Länder – insbesondere in Zentral- und Osteuropa, in Ost- und Südostasien und teilweise in Lateinamerika – sind die Aussichten nicht schlecht. Für Afrika, vor allem südlich der Sahara, werden einige rohstoffarme Länder noch lange Zeit von Solidarität, Entwicklungshilfe und humanitärer Unterstützung abhängig sein.

## V. Schlussfolgerungen

Wenngleich die im Titel dieses Vortrags gestellten Fragen gewiss nicht gänzlich beantwortet werden können, so hoffe ich doch, dass ich Ihnen vermitteln konnte, wo in meinen Augen die **zentralen Herausforderungen für das Weltwirtschaftssystem** liegen. Diese treten weniger im Finanzsektor auf – hat dieser Sektor doch den Beweis erbracht, in der Lage zu sein, Krisensituationen zu meistern. Gleichwohl muss den makroökonomischen Ungleichgewichten auch weiterhin Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Der Bereich des **Waren- und Dienstleistungshandels ist anfälliger.** Die Zeit ist gekommen, da die WTO und besonders deren wichtigsten Anhänger beweisen müssen, dass sie immer noch relevant ist. Wenn die Doha-Runde scheitert, wird der Bilateralismus auf Kosten der mittelgrossen und kleinen Länder sowie der Entwicklungsländer weiter voranschreiten.

Was die **Armutsreduktion** betrifft, so zeigt die Menschheitsgeschichte, dass diese Herausforderung in der Vergangenheit **dürftig gehandhabt** wurde, dass sie nach wie vor die **bedeutendste Herausforderung** ist und auch in der Zukunft sein wird. In einer globalisierten Welt und mit verbesserten Transportmitteln werden die Konsequenzen ungelöster Armut deutlicher erkennbar sein als in der Vergangenheit. Wenn die Armutsreduktion nicht gelingt, werden Menschen vom Süden in den Norden, vom Osten in den Westen **migrieren.** In der Tat sind wir bereits täglich Zeugen dieser Bewegung nach Europa und Nordamerika. Diese **Migrationbewegungen** stellen uns ebenfalls vor grosse Herausforderungen – aber dies ist ein anderes Thema....

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

\*\*\*\*\*